

organisation/Zivilgesellschaft doch sehr intensiv auseinandergesetzt hatte, insbesondere im Zusammenhang mit dem Verfassungskonvent, der eine Verfassung für die EU erarbeiten sollte.

So nahm ich also 2005 bei der EU-Kommission meine Tätigkeit auf, und zwar in der Generaldirektion Transport und Energie. Und, ich muss sagen, für meine grauen Zellen war dieser radikale Wechsel von Land, Arbeitssprache und Tätigkeit eine wahre Frischzellenkur! Ich war in der Abteilung für die transeuropäischen Netze (TEN) zuständig für alle Rechtsfragen des Subventionsprogramms für Transport (anfänglich auch für Energie) und lernte so von der Pike auf die Verfahren für die Vergabe und auch für die Kontrolle solcher Subventionsvergaben kennen. Meine Abteilung koordinierte das TEN-Programm. Dies hatte den Vorteil, dass ich innerhalb der Generaldirektion mit verschiedenen anderen Direktionen und mit vielen anderen Generaldirektionen zu tun und zu verhandeln hatte (DG Regionalpolitik, DG Umwelt, DG Haushalt, Juristischer Dienst, Generalsekretariat). Zum Glück hatte ich eine Hierarchie, die mich recht selbständig arbeiten ließ. Allerdings brauchte ich für die Teilnahme am letzten EWLA-Kongress, den ich als Präsidentin im März 2005 in Straßburg mitorganisierte, sage und schreibe acht Unterschriften! In solchen Momenten (aber tatsächlich nur diesen) sehnte ich mich doch nach meiner Selbständigkeit! Anfangs sagte mir ein portugiesischer Kollege halb im Scherz (und halb im Ernst!), dass ich drei Probleme in einer Person mitbrächte: erstens: Juristin; zweitens: Deutsche; drittens: aus dem privaten Sektor!! – Wir verstehen uns bis heute blendend!

Nach einem Jahr in Brüssel kam unsere erste Tochter zur Welt, wir heirateten und ich setzte ein Jahr aus (hier gibt es 20 Wochen Mutterschutz, die man auch mit ärztlichem Einverständnis erst nach der Geburt nehmen kann; Jahresurlaub und sechs Monate Vollzeit Elternurlaub – mehr gibt es nicht). Dank der wirklich sehr guten Kinderkrippe der Kommission, die von acht bis 18.15 Uhr geöffnet ist und keine Schulferien kennt, und einem Ehemann und Vater, der sich genauso um die Kinder kümmert wie ich, war der Wiedereinstieg in Vollzeit aber kein Problem. In Belgien herrschen im Vergleich zu Deutschland wirklich paradiesische Zustände. Bislang ist mir die Rabenmutterfrage nur in Deutschland begegnet.

Nach einem weiteren Jahr bei den transeuropäischen Netzen kam unsere zweite Tochter zur Welt, und während meines Mutterschutzes bekam ich ein Angebot, mich auf eine Stelle in der Abteilung für den Binnenmarkt Strom und Gas zu bewerben. Dort koordinierte ich Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten, bearbeitete politisch und wirtschaftlich sehr interessante Anträge auf Ausnahmen von der Regulierung zu Gaspipelines und LNG (liquified natural gas)-Terminals und war zuständig erst für die Slowakei und die Tschechische Republik, dann für Frankreich. Dabei hatte ich viel mit der DG Wettbewerb zu tun. Wieder also ein kompletter Wechsel, wieder sehr spannend, wieder viele neue Dinge gelernt!

Seit Februar 2010 habe ich nunmehr meine dritte Stelle in der Kommission angetreten: ich bin abgeordnet in das Kabinett des Kommissars, der für Steuern, Zollunion, Audit, Haushaltsentlastung und Betrugsbekämpfung zuständig ist. Das Kabinett hat sechs Mitglieder; ich bin für Betrugsbekämpfung und damit für die Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF (Office européen de Lutte Anti-Fraude) zuständig. Da die Kommission grundsätzlich als Kollegium entscheidet, d.h. mit allen 27 Kommissaren, hat jedes Kabinettsmitglied auch noch sogenannte Non-Portfolio-Zuständigkeiten. Bei mir sind dies Justiz und Inneres, Grundrechte, Institutionelle Fragen, Ombudsman, Agenturen sowie Unionsbürgerschaft. OLAF ist auch für das Europäische Parlament, den Rat sowie Agenturen der EU zuständig, so dass ich viel „inter-institutionell“ (wie das hier so schön heißt) tätig bin. Die Tätigkeit auf dieser politischen Ebene ist wirklich eine höchst spannende Angelegenheit!

Die Arbeitszeiten sind für mich bislang mehr oder weniger dieselben wie zu meiner Zeit als Anwältin. Ich bin in einem ungleich größeren und hierarchischeren Umfeld tätig als zuvor. Die Umgebung ist allerdings viel internationaler, ich arbeite zusammen mit Kolleg(inn)en aus 27 Mitgliedstaaten. Meine frühere Tätigkeit als Anwältin ist hier in der Kommission sehr nützlich: Verhandlungen muss ich ständig führen.

Zusammenfassend kann ich nur sagen: einen solchen Wechsel kann ich nur empfehlen! Wer weiß, vielleicht kommt noch einer.

Head of Operations am EIGE in Vilnius

Barbara Wurster

Vizepräsidentin des djb von 2001 bis 2007, Vorsitzende der Regionalgruppe Bonn im djb von 1996 bis 2006; Regierungskonzeptionsleiterin, Leiterin der Programmabteilung (Head of Operations) am Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen in Vilnius, Litauen

Seit dem 1. Juni 2010 arbeite ich als Leiterin der Programmabteilung (Head of Operations) beim Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) in Vilnius.

Meine letzte Funktion im Bundesministerium als Referatsleiterin „Jugend und Europa“ hatte ich mehr als sechs Jahre lang ausgeübt. Es war eine gute Zeit für einen Wechsel. Das Bundesministerium unterstützte meinen entsprechenden Urlaubsantrag für fünf Jahre. Und so unterbrach ich zum vierten Mal in den 26 Jahren als Bundesbeamtin meinen Dienst, um eine Tätigkeit im Ausland aufzunehmen. Dieses Mal führte mich mein Weg nach Litauen.

Die angenehme 24-stündige Überfahrt mit der Autofähre von Kiel nach Klaipėda, das an der schönen Kurischen Nehrung

rung Litauens liegt, bot nochmals Gelegenheit zur Besinnung auf die Umstände, die mich letztlich zu dieser neuen Aufgabe geführt haben. Diese Rückschau versuche ich im Folgenden hier wiederzugeben:

Meine fast 25-jährige Mitgliedschaft im djb – seit 1986 bin ich Mitglied – spielte nämlich eine gewisse Rolle, da ich über den djb erstmalig bewusst an gleichstellungsrechtliche Fragen herangeführt wurde.

Ich erinnere mich noch, wie ich 1984 als junge Regierungsrätin zur Anstellung im nachgeordneten Bereich des Bundesinnenministeriums meinen beruflichen Weg begann. Damals war ich oft die einzige Frau in meiner Abteilung; ich suchte und fand in der Bonner Regionalgruppe des djb ein Netzwerk, an dem ältere wie jüngere Juristinnen auch aus anderen Bundesministerien Teil hatten. Der interessante Erfahrungsaustausch brachte die Sensibilisierung für Gleichstellungsfragen und das zunehmende Bewusstsein im Umgang mit stereotypem Rollenverhalten auch in der klassischen Bundesverwaltung mit sich.

Als ich 1984 vor der schönen Wahlmöglichkeit gestanden hatte, entweder eine Richterstelle in Berlin oder eine Stelle im Bereich des Bundesministerium des Innern anzutreten, hatte ich mich für die Bundesverwaltung vor allem auch deshalb entschieden, um mir die Option eines späteren Auslandseinsatzes offen zu halten. Als Richterin sah ich eine künftige Auslandstätigkeit für eher ausgeschlossen an. Und tatsächlich, kurz nach meiner Lebenszeitverbeamtung, schon im Dezember 1987, ergab sich die Möglichkeit, für drei Jahre in den Niederlanden als Lektorin am Europäischen Institut für Öffentliche Verwaltung (EIPA) in Maastricht zu arbeiten.

Mein Kindheitstraum von einem Lehrberuf wurde somit auch noch wahr: Ich entdeckte die Andragogie (Lehre von der Erwachsenenbildung) und von Maastricht aus Europa. Ich lernte alle damaligen neun (!) Mitgliedstaaten und vor allem das europäische Rechtssystem gut kennen. Als die damals neuen Mitgliedstaaten Portugal und Spanien ihre ersten EU-Präsidentschaften vorbereiteten, half EIPA mit speziellen Seminaren zur Vorsitzführung im Rat der EU – das wurde mein Spezialgebiet. Insgesamt sollte ich noch 12 Jahre lang, auch nach meiner Rückkehr nach Deutschland, nebenberuflich weiter als Dozentin in Österreich, aber auch an deutschen Fachhochschulen und der Bundesakademie für Öffentliche Verwaltung (Baköv) in Brühl Seminare in internationaler Verhandlungsführung ausrichten.

Am EIPA gelang es mir außerdem, ab 1988 wiederholt ins Management-Team gewählt zu werden. Das eröffnete mir besondere Mitgestaltungsmöglichkeiten. Das damals mit etwa 30 Mitarbeitenden noch relativ kleine Institut war unter Leitung von Direktor Stephan Schepers noch im Aufbau und wandelte sich erst langsam zu seiner heutigen beeindruckenden Größe und einer selbständigen EU-Institution mit zahlreichen Zweigstellen („Antennen“) in verschiedenen Mitgliedstaaten.

Damals entdeckte ich den Spaß am Projekt-Management, an langfristiger Strategieentwicklung sowie an der Zusam-

menarbeit in einem international zusammengesetzten Team. Die damaligen Arbeitssprachen am EIPA waren Englisch und Französisch. Auch Niederländisch erlernte ich dort. Italienisch und Spanisch kamen nach und nach hinzu.

Auch brachte ich drei EIPA-Publikationen im Rahmen eines Projekts der EU-Kommission zum Thema „Frauen im höheren Verwaltungsdienst“ heraus, die meinen weiteren Lebensweg wesentlich mitprägen sollten. Mit meinem Vorschlag im Jahr 1989, der jährlichen EIPA-Renommier-Veranstaltung das Thema „Gleiche Rechte für Frauen und Männer in Europa“ zu geben, erntete ich damals bei meinen überwiegend männlichen Kollegen noch einen großen Heiterkeitserfolg. EIPA widmete sich damals mehr den „seriösen“ europäischen Themen! Für die Jüngeren: Ende der Achtzigerjahre gab es noch Grenzbäume zwischen den Niederlanden und Deutschland, man sprach vom „Ecu“, nicht vom „Euro“, und vorrangig war, die Mitgliedstaaten und die Kommission dabei zu unterstützen, den lang geplanten Binnenmarkt endlich Wirklichkeit werden zu lassen.

Nach dieser für mich besonders wichtigen Zeit, in der ich insbesondere auch zur bewussten und überzeugten Europäerin wurde, wurde ich im Bundesministerium des Innern (BMI) im Bereich Organisierte Kriminalität und Drogenbekämpfung, Polizeiabteilung, eingesetzt. Auch dieser Arbeitsbereich hatte internationale Bezüge. Die Drogenmafia und das Organisierte Verbrechen arbeiteten schon lange effektiv über alle Grenzen hinweg und das BMI baute damals gerade Europol (mit) auf. In meinen unmittelbaren Arbeitsbereich fiel damals unter anderem die Verhandlungsvorbereitung für Deutschlands ersten Drogenbeauftragten, Staatssekretär Lindner, im Europäischen Ausschuss für Drogenbekämpfung (CELAD). So fuhr ich weiterhin regelmäßig nach Brüssel. Auch wurden nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs Anfang der Neunzigerjahre Kooperationsverträge im Zoll- und Polizeibereich mit unseren Nachbarstaaten verhandelt, die ich in Prag sogar selbst für Deutschland federführend verhandeln durfte. Im Europaratsrahmen nahm ich als BMI-Vertreterin an der Arbeit der sogenannten Pompidou-Gruppe in Straßburg teil und letztlich führte mich diese Arbeit auch zur Internationalen UN-Drogenbekämpfungsbehörde (damals UNDCP) nach Wien.

Dorthin wurde ich Anfang 1992 für 13 Monate als Trainingsberaterin entsandt und erwarb einen näheren Einblick in die faszinierend bunte Welt der Wiener UNO-City. Für mich erschien diese wie ein umgekehrtes Babel: Der Turmbau gelungen, nur sechs Sprachen und Verständnis über alle Grenzen hinweg. Nie habe ich mehr geniale Persönlichkeiten unter einem Dach erleben dürfen als in dieser UNO-City. Auf der anderen Seite fehlte meiner Meinung nach der Sinn für eine gute Verwaltungsorganisation – ständig gingen Unterlagen verloren und es gab keine Registraturen; von jedem Dokument fertigte ich von Anfang an gleich fünf Kopien, so ging es voran.

Für UNDCP organisierte ich in Nairobi unter anderem eine Großkonferenz zur Drogenprävention für Regierungsver-

tretende aus den ostafrikanischen und den südlichen afrikanischen Staaten. Dort verfiel ich zum zweiten Mal in meinem Leben dem Zauber Afrikas.

Wenige Jahre zuvor hatte ich schon einmal während meines Sommerurlaubs – für den djB – in der afrikanischen Republik Gabun und in der Zentralafrikanischen Republik jeweils einige Seminare für dortige Juristinnen durchgeführt. Anschließend gründete sich in Bangui ein zentralafrikanischer Juristinnenbund, der hoffentlich noch aktiv ist.

Nach meiner Rückkehr nach Bonn wechselte ich noch vor dem Start der deutschen EU-Präsidentschaft 1994 ins damalige Bundesministerium für Frauen und Jugend (BMFJ). Bundesministerin Merkel suchte damals gerade eine internationale erfahrene Referatsleiterin für den Bereich „Frauen und Europa“. Hier spielten meine EIPA-Publikationen eine wichtige Rolle. So war man im BMFJ auf mich aufmerksam geworden.

In diesem Jahr 1994 lernte ich auch meinen heutigen Ehemann kennen, der mich nun auch nach Litauen begleitet.

Im BMFJ erlebte ich 1994 dann aber auch die schwierigste berufliche Zeit meines Lebens. Den Sprung von der männlich geprägten Arbeitswelt einer Polizeiabteilung des BMI in die damalige Gleichstellungsabteilung, in der es nur zwei „Alibi“-Männer im höheren Dienst gab, hätte ich mir nicht krasser vorstellen können. Ich war aus der Polizeiarbeit im BMI eine klare, knappe, sach- und ergebnisorientierte Arbeitsweise gewohnt. Zeitgleich mit meinem Eintritt in das Ministerium zum 1. Juli 1994 begann allerdings schon die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und ich musste leider feststellen, dass so gut wie keine Vorbereitungen hierfür getroffen worden waren. Irgendwie gelang es mir trotzdem, die für September angesagte EU-weite informelle Frauen-Ministerinnen-Konferenz mit Ministerin Merkel im Vorsitz in Berlin organisiert zu bekommen. Auch eine EU-weite Fachkonferenz konnte planmäßig im Präsidentschaftshalbjahr in Dresden stattfinden; so wie es der damals zuständige EU-Kommissar und Ministerin Merkel an meinem zweiten Arbeitstag im Hause vereinbart hatten. Die Weltfrauenkonferenz in Peking stand im kommenden Jahr 1995 an. Auch hierzu liefen intensive Vorbereitungen zur Erstellung der deutschen Positionen in meinem Arbeitsbereich. Doch nicht alles lang versäumte konnte erledigt werden.

Ich lernte in dieser Zeit, Prioritäten zu setzen. Dennoch waren 12-Stunden-Arbeitstage keine Seltenheit, sondern eher die Regel.

Als ich daher nach diesem zwar sehr erfolgreichen, aber auch äußerst stressigen halben Jahr das Angebot erhielt, als „Europabeauftragte“ des damals neu zusammengelegten BMFSFJ in den Leitungsbereich aufzusteigen, nahm ich das sehr gerne an. Doch dieser guten Entwicklung folgten bald schon ungeplante, weitere Wechsel innerhalb des BMFSFJ – insgesamt wurde ich in den folgenden Jahren dreimal bei Reorganisationen des Hauses versetzt. Das ging in der Regel nach dem Motto: „Sie als Juristin können doch auch ..., aber Herr Sowieso kann ja nur ...“. Nach einer dieser Neuorganisationen, über die ich damals nicht besonders glücklich war,

bemühte ich mich auch noch einmal um eine Auslandsverwendung. Es gelang mir Dank des bundesdeutschen Beamtenentsendegesetzes, in der Zeit vom 1. Januar 1997 bis zum 30. Juni 2000 für eine Tätigkeit für die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) freigestellt zu werden.

In dieser Zeit baute ich in Südafrikas Norden ein KAS-Büro neu auf und leitete es bis zu meiner Rückkehr im Mai 2000. Auch das war in jeder Hinsicht eine besondere Erfahrung, über die ich Bücher füllen könnte. In der gebotenen Kürze hier nur so viel: Zu erleben, wie man zu Beginn nicht einmal das Faxgerät hat, um die Geldmittel für die nötige Büroausstattung zu beantragen, und schließlich mit nur fünf Mitarbeitenden mehr als 200 Fortbildungsmaßnahmen zu organisieren, ist wunderbar! Ich organisierte Konferenzen, Seminare, sogar Radioserien in Sepedi, Tsonga und Venda, unterstützte Fachveranstaltungen aller Art, vernetzte Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit Politik, Medien mit Politik und organisierte regelmäßige Konferenzen, um die beiden Universitäten im Norden in eine öffentliche Diskussion mit den politischen Entscheidungsträgern zu bringen und vieles mehr. Rund 10.000 Teilnehmende erreichte das KAS-Büro allein mit seinen Projekten vor Ort, diverse Publikationen kamen hinzu. Auch hier gab es wieder einen Bezug zum djB und zur Gleichstellungspolitik: Der KAS-„Women’s Room“ diente der besseren Vernetzung von Frauen aus NGOs, Politik und Verwaltung. Er fand anfangs monatlich in meinem Büro nach Vorbild der Bonner djB-Treffen statt und gewann mit der Zeit so an Beliebtheit, dass wir in den letzten Jahren regelmäßig in ein Hotel ausweichen mussten.

So haben sich im Grunde zwei rote Fäden immer wieder auf meinem beruflichen Weg miteinander verwoben und verflochten: eine internationale Spur mit einem europäischen Schwerpunkt und mein Interesse an Gleichstellungspolitik, Bekämpfung von stereotypen Rollenbildern und Vorurteilen aller Art, der Einsatz für Menschenrechte und Frauenrechte in allen Kulturkreisen.

Daher fügt sich für mich im Rückblick am EIGE in Vilnius nun alles so, als hätte mir jede bisherige Station meines beruflichen Weges einen Baustein mitgegeben, eine Fähigkeit, eine bestimmte Erfahrung, die mir hier von großem Nutzen ist.

EIGE ist seit Mitte Juni eine von der EU-Kommission finanziell unabhängige, eigenständige europäische Agentur, eingerichtet auf Wunsch der 27 Mitgliedstaaten. EIGE arbeitet als Servicestelle für die EU-Kommission aber auch für die 27 Mitgliedstaaten, für Regierungsvertretende und für NGOs auf allen Ebenen, wie zum Beispiel der Europäischen Frauenlobby.

Die bislang 27 Mitarbeitenden und Kolleg(inn)en am EIGE kommen aus nahezu allen EU-Mitgliedstaaten. Die gemeinsame Arbeitssprache ist Englisch. Einige Stellen sind aktuell noch ausgeschrieben. EIGE soll noch auf insgesamt 30 Mitarbeitende anwachsen und wird demnächst auch auf Zeit aus den Mitgliedstaaten entsandte Expert(inn)en aufnehmen. Am EIGE sollen erstmalig alle gleichstellungsrelevanten Daten gebündelt und zusammengeführt werden. So will EIGE sicherstellen, dass möglichst alle Stellen in Europa auch effektiv an

einem Strang ziehen; demnächst mit noch besseren, vergleichbaren Daten, mit Expertennetzen. EIGE wird also die Rolle einer Art Wissenszentrum übernehmen. Pilotprojekte und diverse internationale Veranstaltungen sowie eine optimale, moderne Kommunikationsstrategie sollen die Sichtbarkeit des Erreichten erhöhen. Eine Präsenzbibliothek ebenso wie eine virtuell vernetzte Datenbank eröffnet den Zugang zu einschlägiger Literatur und Fachwissen aus allen europäischen Mitgliedstaaten.

Auch mit anderen internationalen Partnern diverser UN-Organisationen, dem Europarat, der OECD und vielen mehr wird EIGE daher künftig eng zusammenarbeiten. Um Doppelarbeit zu vermeiden, stellt EIGE in Kooperationsvereinbarungen sicher, dass, wo immer möglich – etwa durch gemeinsame Ausschreibungen, gegenseitigen Daten- und Erfahrungsaustausch, auch gemeinsame Projekte – Synergieeffekte erzielt werden. So stehen beispielsweise derzeit die Europäische Agentur für Menschenrechte in Wien (FRA) und EIGE kurz davor, eine Zusammenarbeitsvereinbarung zu zeichnen. Ähnliche Kooperationsabkommen sind mit der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

(EUROFOUND), der Europäischen Stiftung zur Förderung der beruflichen Bildung (CEDEFOP) sowie mit der Europäischen Organisation zur Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (OSHA) und der FRA geplant.

Am 20. und 21. Juni 2010 wurde EIGE offiziell mit einer großen öffentlichen Veranstaltung auf dem Platz vor der Stadthalle in Vilnius und einer anschließenden Großkonferenz eröffnet. Zugleich wurde ein europaweiter Wettbewerb für EIGEs neues Logo ausgeschrieben, an dem sich vor allem junge Menschen beteiligen sollten. Inzwischen gingen mehr als 1500 Logo Vorschläge ein. Der Gewinner dieses Wettbewerbs wird am 22. November von Vizepräsidentin Viviane Reding in Vilnius einen Preis erhalten. Auf der neuen Webseite www.eige.europa.eu kann man die aktuellen Entwicklungen des immer noch im Aufbau befindlichen Instituts gut verfolgen.

Der erste EIGE-Kalender „Women Inspiring Europe“ wird übrigens ebenfalls Ende November herausgegeben. Ich bin sehr froh darüber, dass eine deutsche Juristin, Mitglied unseres Verbandes, eine der von der Jury ausgewählten 12 Frauen ist, die das heutige Europa vorbildlich mit prägen.

Bürgerberaterin der Europäischen Kommission in Deutschland

Claudia Keller

Bürgerberaterin, Berlin

Schon während meiner Schulzeit habe ich mich für Fremdsprachen interessiert. An der Universität Münster waren es dann die fremden Rechtssysteme und der Blick über den Tellerrand, die mich geprägt und meiner Entwicklung eine Richtung gegeben haben. Bereits im ersten Semester habe ich mich in die Ringvorlesung zum Europarecht getraut und – obwohl ich zu Beginn nur wenig von der Materie verstanden habe – nicht eine Vorlesung ausfallen lassen. Den richtigen Schwung in mein europarechtliches Leben hat das Erasmus-Semester in Paris gebracht. Dort durfte ich bei hoch angesehenen Professorinnen Europarecht und Rechtsvergleichung studieren und mitten im Semester sind Österreich, Finnland und Schweden der EU beigetreten.

Unmittelbar nach meinem ersten Staatsexamen habe ich mit Praktika bei der Europäischen Kommission und den Bürgerberatungsservices der Kommission in Bonn und London begonnen. Schnell wurde mir klar, dass ich mich bereits mitten in einer Art Traumjob befand. Ich habe deshalb diesen Weg nicht mehr verlassen, bis ich später selbst Bürgerberaterin der Europäischen Kommission wurde. Als solche berate ich Bürger zu allen Fragen des EU-Rechts, insbesondere in den Bereichen des Binnenmarkts, der Unionsbürgerschaft und Justiz. Seit 2009 ist der Beratungsservice Teil des juristischen Wegweiserdienstes „Citizens Signpost Service“ der Europäischen

Kommission. Im Gespräch vor Ort in der Berliner Vertretung, telefonisch oder schriftlich berate ich einzelne Bürger(innen) zu ihren sehr speziellen Fragen und Problemen, auf die sie im Rahmen der Ausübung ihrer Freizügigkeit in der EU stoßen. Der Fokus der Beratung liegt auf den „aktiven“ Bürger(inne)n, die in anderen EU-Ländern arbeiten oder leben und dadurch meist mit mehreren Rechtsordnungen gleichzeitig zu tun haben. Insbesondere in den Rechtsbereichen, die auf EU-Ebene nur koordiniert und nicht harmonisiert sind (z. B. Sozialversicherung) oder in denen die EU nur wenige bis gar keine Kompetenzen hat (Einkommensteuerrecht) gibt es häufig Fragen und Probleme.

Meine Arbeit hat es mir ermöglicht, ein sehr breites Wissen zur EU-Politik und zum Europarecht von A-Z zu erwerben.

Neben meiner Tätigkeit als Bürgerberaterin habe ich mich nach und nach auch in andere Tätigkeitsbereiche bewegt, zum Beispiel als Kurzzeitexpertin in EU-„Capacity Building“-Projekten im Ausland, als Moderatorin von EU-politischen Podiumsveranstaltungen und als Mitglied des Sprecherteams der Europäischen Kommission „Team Europe“.

2008 habe ich einen Perspektivenwechsel vorgenommen und wurde Referentin im Projekt zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie bei der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen. Hatte ich bisher „nur“ den Blick aus Sicht der Europäischen Kommission als Hüterin der Verträge auf das Europarecht, so durfte ich nun die Sichtweise einer nationalen Behörde kennenlernen, die das EU-